



NEWSLETTER

Liebe Harburgerinnen und Harburger,

zum Jahresausklang präsentieren wir Ihnen eine weitere Ausgabe unserer Fraktionszeitung. Während in Berlin mühsam um eine Regierungsbildung gerungen wird, sind wir stets für Sie vor Ort aktiv. Gerne sind wir Ihre Ansprechpartner, wenn es um die Dinge vor unserer eigenen Haustür geht.

Wir möchten Ihnen auf diesen Seiten einen kleinen Einblick in unsere politische Arbeit der letzten drei Monate für unseren Bezirk Harburg geben. Mit vollem Elan haben wir uns der politischen Arbeit in Form von Anträgen und Anfragen gewidmet. Wir arbeiten dabei gerne mit Bürgerinitiativen und engagierten Menschen zusammen. Unser erfolgreiches Vernetzungstreffen, zu dem wir für Oktober eingeladen hatten, war eine gute Gelegenheit bestehende Kontakte zu festigen und neue zu knüpfen, um gemeinsam für ein noch lebenswerteres Harburg einzutreten.

Unsere Schwerpunkte im Herbst waren der Bezirkliche Ordnungsdienst, die Gestaltung des Marktplatzes am Sand, eine U-Bahn für Harburg, Tempo 30 in der Heimfelder Straße, weniger Lärm und bessere Luft sowie

mehr Möglichkeiten der Beteiligung der Menschen an der Politik vor Ort. Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz sind unsere zentralen Anliegen für Harburg.

Regelmäßige Abgeordnetensprechstunden für die Harburgerinnen und Harburger in unserem Fraktionsbüro und Vor-Ort-Präsenz in den Fußgängerzonen des Bezirks sind für uns daher selbstverständlich. Wir Neue Liberale stehen für eine demokratische Kultur. Wir stehen für eine politische Kultur, die unsere Gemeinwesen mit Leben füllt, die Anliegen und Sorgen der Menschen ernst nimmt. Ihre Meinung zu hören, ist für uns stets Anregung und Motivation für politisches Handeln.

Sagen Sie uns gerne Ihre Meinung. Wir freuen uns über ein Feedback zu unserer politischen Arbeit. Anregungen und Verbesserungsvorschläge zu unserem Newsletter sind ebenso willkommen.

**Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.
Ihre Neue Liberale Fraktion
– Die Sozialliberalen – Harburg**



Umgestaltung Marktplatz Sand – Alles aus Klinker?

Verwaltung und Politik planen in Harburg weitere 1000 m² Marktfläche und Fußgängerbereiche in der Hölertwiete und Am Sand mit rotbraunem Buntklinker zu pflastern.

Auf einer so großen Fläche, umgeben von Architektur verschiedenster Baustile, erscheint das manchem als optische Herausforderung, zumal das Pflaster im Fischgrät-Verbund verlegt werden soll. Die Steine müssen zudem besonders belastbar sein, da sie auf der Marktfläche regelmäßig befahren werden. Es ist also auf Qualität, Erscheinungsform und eine geeignete Bettung besonders zu achten.

Nicht zuletzt: Mit der kommenden Westrandbebauung sollte die weitläufige Fläche auch harmonisieren, denn für den teilweisen Achtgeschosser ist ebenfalls eine Klinkerfassade geplant.

Über Geschmack lässt sich bekanntlich (nicht) streiten. Dennoch hätten wir uns bei einer so zentralen Freiraumgestaltung mehr Bürgerbeteiligung gewünscht und hatten sie auch beantragt.

Doch Harburgs SPD/CDU-Koalition wollte keine Diskussion. Dabei hätte es durchaus Grund für einen Dialog gegeben. Seit vielen Jahren bemängelt etwa das ehemalige Business Improvement District (BID) Lü das Pflaster in der Lüneburger Straße als zu dunkel, aufgrund der vielen Ritzen als schmutz anfällig und zu uneben.

Auch in der Fußgängerzone der Stadt Meppen, einem der Referenzprojekte der Freiraumgestalter, gab es Probleme mit der Klinkerdecke, die im selben Verbund verlegt worden war, wie er für Harburg geplant ist. Die Stadtverwaltung schaltete einen Gutachter ein, weil Abplatzungen und Brüche an den relativ langen Steinen festgestellt wurden und der Hersteller meinte, der Klinker weise gleichwohl die geforderte Qualität auf. Diese Erfahrungen sollte man erfragen, werten und aus ihnen für Harburg lernen, um vorausschauend zu planen. **Einen entsprechenden Antrag haben wir in die Novemberversammlung der Bezirksversammlung eingebracht.**



Überfällig und doch überraschend: Tempo 30 für die Heimfelder Straße einstimmig vom Verkehrsausschuss beschlossen

Gemeinsam mit Linken und Grünen haben wir Sozialliberale bereits im Juni 2017 Tempo 30 für die Heimfelder Straße beantragt. SPD und CDU wollten den Antrag zunächst nicht beschließen und vertagten ihn mehrfach. Jetzt – wie aus heiterem Himmel – stimmte der gesamte Verkehrsausschuss ohne große Diskussion zu und das ist richtig so.

Denn eine Verkehrsberuhigung drängt sich hier geradezu auf. Besonders das Radfahren auf der Heimfelder Straße erscheint gefährlich. Die Unfallgefahr ist hoch, wenn die Breite der Fahrbahn zwischen 6 und 7 Metern, die Verkehrsstärke in der Spitzenstunde über 400 Kfz/h und die zugelassene Höchstgeschwindigkeit bei 50 km/h liegt. Dies alles trifft auf die Heim-

felder Straße zu. Hinzu kommt der hohe Schwerlastverkehr durch die vielen Busse. Deshalb ist auch die verkehrsbedingte Lärmbelastung für die Anwohner zu hoch.

Konsequente Geschwindigkeitskontrollen vorausgesetzt, würde Tempo 30 den gesundheitsgefährdenden Lärm besonders in den Abend- und Nachtstunden reduzieren. Anfragen der Linken und unserer Fraktion haben ergeben, dass nach den vorgeschriebenen Berechnungsmethoden zum Beispiel an der Ecke Heimfelder Straße/Milchgrund im Ergebnis von Lärmwerten tagsüber von über 70 dB(A) und nachts von weit über 60 dB(A) auszugehen ist. Dies sind Werte, bei denen die Straßenverkehrsbehörde sogar rechtlich verpflichtet ist,

Maßnahmen gegen den Verkehrslärm zu treffen. Wenn man den Radverkehr fördern, die Verkehrssicherheit für alle erhöhen und den Verkehrslärm für die Anwohner reduzieren möchte, dann bleibt derzeit nur Tempo 30. Jede andere denkbare Alternative würde nur ein Teil der Probleme lösen und insgesamt deutlich teurer werden.

Die Interessen der schwächsten Verkehrsteilnehmer, wie vor allem auch Kinder und ältere Menschen, müssen in Wohngebieten Vorrang haben.

Die Bezirksversammlung Harburg hat mit diesem Beschluss deutlich gemacht, dass sie von den Fachbehörden eine zeitnahe Umsetzung von Tempo 30 erwartet. Jetzt ist Hamburgs Senat in der Pflicht.

Opposition wirkt: Druck machen, Erfolg haben!

„Flüsterasphalt“ für Bremer Straße gefordert

Seit Jahren drängen Anwohner der Bremer Straße darauf, dass der Verkehrslärm vor Ort reduziert wird. Bereits 2013 wurde vom Senat versprochen, die gesamte Bremer Straße im Stadtgebiet Harburgs von der Anschlussstelle Marmstorf-Lürade bis zur Hohen Straße/Harburger Umgehung mit lärmindernden Asphalt zu versehen. Geschehen ist es bis heute nicht. In den kommenden Jahren soll nun die Bremer Straße komplett saniert werden. Die Planunterlagen enthalten keine Aussage zum „Flüsterasphalt“, weshalb im Zweifel davon auszugehen ist, dass ein solcher auch nicht vorgesehen ist. **Deshalb beantragten wir, dass die Bremer Straße zeitnah saniert und dabei hochwertiger, moderner und deutlich lärmindernder Asphalt verwendet wird.** SPD und CDU lehnten den Antrag leider ab.

Busse mit schadstofffreien Antrieben zuerst dort, wo Luft am schlechtesten

Hamburgs Luft ist zu schlecht und gefährdet die Gesundheit der Menschen. Besonders hoch ist die Belastung durch Luftschadstoffe im Bezirk Harburg für Anwohnende an der Winsener Straße (Hausnummern 11-21). Dort liegt die Belastung nach Auskunft der Umweltbehörde durch Stickstoffdioxid (NO₂) bei 55,2 µg/m³. Damit ist die Belastung an der Winsener Straße (Nord) so hoch wie sonst nirgendwo in Hamburg. **Wir beantragten daher, dass abweichend von den bisherigen Planungen zeitnah entlang der Winsener Straße (Nord)**

vorrangig Busse mit emissionsfreiem Antrieb eingesetzt werden. Dieses Ansinnen lehnen SPD und CDU ab.

Bericht über Denkmalschutz in Moorburg

In Moorburg stehen einige Gebäude unter Denkmalschutz. Teilweise sind sie bewohnt, teilweise stehen sie leer. Angeblich werden derzeit einige der denkmalgeschützten Gebäude von der LIG durch die Saga GWG übernommen. Betriebswirtschaftliche Überlegungen stehen dabei in einem sehr schwierigen Verhältnis zum Denkmalschutz und dem Erhalt der historischen örtlichen Siedlungsstruktur in Moorburg. **Hier wollen wir Klärung.**

Opposition wirkt: Mehr Dialog-Displays für Harburger Straßen beschlossen

Auf unseren Antrag hin wurde mit den Stimmen aller Parteien beschlossen, dass der Bezirk Harburg weitere sogenannte Dialog-Displays erhalten soll. Gerade in Wohngebieten wird häu-

fig zu schnell gefahren, was vor allem die Verkehrssicherheit schwächerer Verkehrsteilnehmer gefährdet. Als eine Möglichkeit solche Geschwindigkeitsübertretungen einzudämmen, werden immer wieder so genannte Dialog-Displays vorgeschlagen. Erfahrungen – nicht zuletzt aus dem Landkreis Harburg – zeigen, dass solche Dialog-Displays durchaus lohnend sind. Die Geräte fordern per elektronischer Anzeige den Autofahrer auf, bei einer Überschreitung der Geschwindigkeit langsamer zu fahren. Untersuchungen belegen, dass bei einem erheblichen Teil der Autofahrer diese Maßnahme wirkt. Aussagen der Polizei haben dies inzwischen mehrfach bestätigt. Vor dem Hintergrund, dass bereits in Anbeacht von Personalmangel bei der Polizei nur in unzureichendem Umfang Verkehrskontrollen durchgeführt werden können, ist der weitere Bedarf an solchen Dialog-Displays offenkundig.

Opposition wirkt: Verstärkte Geschwindigkeitskontrollen nach 22.00 Uhr beschlossen

Auf unsere Initiative hin hat die Bezirksversammlung einstimmig beschlossen, dass die Polizei im Bezirk Harburg verstärkt auch in den späten Abend- und Nachtstunden nach 22.00 Uhr Geschwindigkeitskontrollen durchführt. Denn Fahren mit überhöhter Geschwindigkeit stellt eine der Hauptursachen von Verkehrsunfällen mit Personenschäden dar. Geschwindigkeitskontrollen finden ganz überwiegend tagsüber und nur sehr selten nach 22.00 Uhr statt. Gleichzeitig gibt es immer wieder Bürgerbeschwerden über Raser gerade in den späteren Abendstunden.



Der heiße Draht zur Fraktion

Tel.: 040 38 04 08 4-6
Fax: 040 38 04 08 4-7
fraktion@neueliberale-harburg.de
www.neueliberale-harburg.de
Schwarzenbergstraße 81, 21073 Hamburg
facebook.com/NeueLiberaleFraktionHarburg

Fraktionssitzungen:
Jeden 1. und 3. Donnerstag
im Monat ab 18.00 Uhr
Ihre Ansprechpartnerin im Büro:
Eike Fischer
eike.fischer@neueliberale-harburg.de



V. I. S. d. P.: Kay Wolkau,
Schwarzenbergstraße 81, 21073 Hamburg

Inhalt

Vorwort	1
Eingaben an die Bezirksversammlung.....	2
Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der U4.....	3
Bezirklicher Ordnungsdienst	3
Ihre Fraktion stellt sich vor	4
Fraktion feiert Geburtstag	4
Umgestaltung Marktplatz Sand	5
Tempo 30 für Heimfelder Straße ...	5
Opposition wirkt	6

Aktuelle Termine

Abgeordnetensprechstunde

Jeden letzten Mittwoch im Monat findet unsere Abgeordnetensprechstunde in unserem Büro, Schwarzenbergstraße 81, 21073 Hamburg, von 17 bis 19 Uhr statt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

**29. November
31. Januar
28. Februar**

Etwas Änderungen finden Sie auf unserer Homepage:
www.neueliberale-harburg.de

Eingaben an die Bezirksversammlung - In Bürgerangelegenheiten bitte keine „Hinterzimmerpolitik“

Wieder einmal haben wir Sozialliberale uns mit dem wichtigen Instrument der Bürger-Eingabe beschäftigt. Warum? Weil wir weitere Verbesserungsvorschläge für mehr Transparenz und Bürgernähe haben. Die Eingabe an die Bezirksversammlung soll es Bürgern ermöglichen, ihre Anliegen in Verwaltungssachen mit dem Bezirksamt, direkt an die Bezirksversammlung zu richten. Die Abgeordneten setzen sich anschließend mit dem Thema auseinander.

Auf unser Betreiben hin hat die Bezirksversammlung endlich die Möglichkeit geschaffen, Eingaben unter folgendem Link online zu ermöglichen: <http://www.hamburg.de/hamburg/online-eingaben/8483138/online-eingaben/> „Ihre Mithilfe ist gefragt“, heißt es dort. „Mit dem Online-Eingaben-Formular können Sie Ihr Anliegen elektronisch an das Bezirksamt Harburg übermitteln.“ Und immer mehr Menschen machen jetzt von dieser bürgerfreundlichen und neutralen Möglichkeit Gebrauch. Der klare Anstieg der Eingaben zeigt, dass dieser Weg auf große Akzeptanz stößt und längst überfällig war.

Von Seiten der Bürger wird nun allerdings bemängelt, dass ihre Schreiben an die Bezirksversammlung zwar als Eingaben behandelt wurden, aber **ohne sie auch über die möglicherweise nicht erwünschten Folgen dieses Vorgehens aufzuklären**. Doch was ärgert sie? Regelmäßig werden diese Eingaben nämlich **nur in den nicht-öffentlichen Teilen der Ausschüsse behandelt**.

Weder der Eingebende selbst noch ebenfalls davon betroffene Bürger mit dem gleichen Anliegen können so in den Ausschüssen anwesend sein, um ihr Anliegen auch persönlich vor den Abgeordneten und der Verwaltung darzustellen. Sie werden nicht einmal informiert in welcher Ausschusssitzung ihr Problem behandelt wird.

Gerade diese persönlichen Erfahrungen der Bürger sind aber in einem **Abwägungsprozess zwischen Bürgeranliegen und der Stellungnahme der Verwaltung wichtig** und für Entscheidungen unverzichtbar. Schließlich ist es nicht immer möglich, bei jeder Beschwerde alles perfekt und vollständig vorzubringen und Nachfragen der Abgeordneten an die Betroffenen sind nicht vorgesehen.

Die Presse, die in den nicht-öffentlichen Teilen nicht zugelassen ist, erfährt ebenfalls nichts von den Anliegen der Bürger. Abgeordnete dürfen über die Stellungnahmen der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil nicht sprechen. Die Eingaben erscheinen zudem weder auf der öffentlichen Tagesordnung noch werden sie im Allris (dem Ratsinformationssystem) öffentlich einsehbar verschlusshaltend.

Die Sachverhalte sowie der gesamte Umgang mit den Eingaben in Harburg sind somit komplett der Öffentlichkeit entzogen. Dieses Dilemma wollen wir ändern. Denn weder das Bezirksverwaltungsgesetz noch die Geschäftsordnung der Bezirksversammlung legen die nicht-öffentliche Vorgehensweise mit Eingaben

fest. **Objektivität, Transparenz und Bürgernähe, alles das, was eine Eingabe eigentlich befördern soll, wird erschwert.**

Vielmehr sollte es den Bürgern freistehen, ob sie Ihr Anliegen als Eingabe in den nicht-öffentlichen Teilen der Ausschüsse behandelt sehen wollen, oder ob sie mit der Diskussion ihrer Eingabe in den öffentlichen Teilen der Ausschüsse einverstanden sind. Zum Schutz der Privatsphäre können darüber hinaus sämtliche persönlichen Daten für die Öffentlichkeit geschwärzt oder die Eingaben mit einer Nummer versehen werden, sofern sie sich für eine öffentliche Behandlung entscheiden.

Wir haben daher beantragt, dass der Wille der Bürger einzelfallbezogen ermittelt und respektiert wird. Es soll erfragt werden, ob der Einwander die Behandlung seines Schriftverkehrs tatsächlich als Eingabe wünscht oder nicht. Ebenfalls soll berücksichtigt werden ob eine öffentliche oder eine komplett nichtöffentliche Behandlung des Sachverhalts bevorzugt wird. Die Einwander sollen auch auf geeignete Möglichkeiten der Anonymisierung aufmerksam gemacht werden.



GroKo „verpennt“ Zukunft – SPD/CDU lehnen Machbarkeitsstudie für U4 nach Harburg ab

Der Forderung von uns Neuen Liberalen für eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der U4 nach Harburg erteilten SPD und CDU in der jüngsten Sitzung der Bezirksversammlung erneut eine Absage.

Ein wichtiges Signal für den Sprung über die Elbe wäre es gewesen. Denn mit dem Plan des Senats, Teile des Kleinen Grasbrook für Wohnungsbau zu erschließen, ist es endgültig unübersehbar: Wir brauchen die U4 in Hamburgs Süden. Mit ihrer erneuten Verweigerungshaltung „verpennt“ SPD und CDU Harburgs Zukunft.

Die positive Entwicklung und der weitere deutliche Bevölkerungszuwachs in Wilhelmsburg und Harburg sowie die lange bestehenden Kapazitätsengpässe der S-Bahn machen eine weitere Schienenverbindung in den Hamburger Süden dringend erforderlich. Die Überlastung der S-Bahn-Strecke nach Harburg ist lange Alltag. Täglich fast 130.000 Pendler nutzen bereits heute die Strecke in Richtung Haupt-



Bild: Erwin Lorenzen / pixelio.de

bahnhof an Werktagen. Das Argument der SPD, man müsse alle politische Energie auf die Stärkung der bestehenden S-Bahn-Verbindung konzentrieren, ist viel zu kurz gedacht. Den weiterhin stetig steigenden Fahrgastzahlen (+1,4%) kann mit einer zusätzlichen S32-Linie allein nicht begegnet werden.

Zudem würden mit dem Bau einer U4 völlig neue Wohngebiete optimal für den ÖPNV erschlossen werden. Allein in Wilhelmsburg sind ausgedehnte neue Wohngebiete im Bereich der durch die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße frei gewordenen Flächen vorgesehen. Die Rede ist von bis zu 5.000 Wohnungen mit circa 10.000 bis 15.000 neuen Bewohnern. Die gesamte Einwohnerzahl von Wilhelmsburg steigt damit auf weit über 60.000. Planungen für eine Weiterführung der U4 von den Elbbrücken nach Süden sind dringender denn je.

Eine kluge Stadtentwicklungspolitik würde ohnehin andere Wege gehen und dem Bedarf für den ÖPNV stets einen Schritt voraus sein. Denn eine gute Verkehrsanbindung ist ein Pfund mit dem eine Stadt wuchern kann.

Die Ausführungen von CDU-Fraktionsvize Bliefernicht, die inhaltlich für den Antrag sprachen, machten deutlich: Die GroKo nimmt nicht einmal den eigenen Harburger Koalitionsvertrag ernst, wo es wortwörtlich heißt: „Auch im öffentlichen Personennahverkehr ist der Sprung über die Elbe möglich. Bei der Planung der zukünftigen U-Bahn-Linien werden die Koalitionspartner darauf hinwirken, dass auch geprüft wird, ob und wie eine Verlängerung der U4 über Wilhelmsburg bis nach Harburg realisiert werden kann.“

Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) wieder einführen

Auf Beschluss des SPD-Senats wurde 2013 der Bezirkliche Ordnungsdienst (BOD) in Hamburg abgeschafft. Aufgabe des BOD war es, im öffentlichen Raum für mehr Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Seitdem wurden viele der Aufgaben, wie etwa die Ahndung von Vermüllung, die Überwachung der Hundeanleinpflcht und die Verfolgung von Lärmbelästigungen auf die Polizei übertragen.

Die Übertragung so vieler Aufgaben auf die überlastete Polizei ist nicht sachgerecht. Nicht zuletzt durch den erheblichen Mehr-

aufwand und die Aufarbeitung des G20-Gipfels arbeitet die Polizei derzeit am Limit.

Die Aufgaben des ehemaligen BOD können von der Polizei tatsächlich nicht alle in notwendigem Umfang und in der gebotenen Qualität wahrgenommen werden.

Zugleich beschwerten sich viele Menschen darüber, dass es seit Abschaffung des BOD mit Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit schlechter geworden ist. Der ehemalige BOD agierte sehr bürgernah. Er erfreute sich daher hoher Beliebtheit.

Auch eine vernünftige Überwachung des Straßenverkehrs und eine konsequente Parkraumüberwachung findet nicht überall statt, weil die Polizei dafür zu wenig Kapazitäten hat.

Wir wollen wieder einen bürgernahen Bezirklichen Ordnungsdienst, der die Polizei von Aufgaben entlastet. Dabei sollten auch Erfahrungen aus anderen Städten wie zum Beispiel München genutzt werden, wo es einen personell gut ausgestellten und recht erfolgreich tätigen Ordnungsdienst gibt.

Ihre Fraktion stellt sich vor

Kay Wolkau

kay.wolkau@neueliberale-harburg.de

- Fraktionsvorsitzender
 - Politische Schwerpunkte: Stadtplanung, Radverkehr und Soziales
 - Beruflicher Hintergrund: Rechtsanwalt
- www.kay-wolkau.de

Isabel Wiest

isabel.wiest@neueliberale-harburg.de

- Stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Wechsel mit Barbara Lewy
 - Politische Schwerpunkte: Verkehrspolitik, Stadtentwicklung und Bürgerservice
 - Beruflicher Hintergrund: Juristin
- www.isabel-wiest.de

Barbara Lewy

barbara.lewy@neueliberale-harburg.de

- Stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Wechsel mit Isabel Wiest
- Politische Schwerpunkte: Bürgerbeteiligung, Jugendhilfe und Kultur
- Beruflicher Hintergrund: Behindertenassistenz



Fraktion feierte 3-jährigen Geburtstag



Am 01. November 2014 gründete sich unsere Fraktion. Ein Grund zum Feiern. Mit ihren drei Abgeordneten Barbara Lewy, Isabel Wiest und Kay Wolkau, ihren drei zugewählten Bürgern, Anett-Jacqueline Strauß, Frauke Hamann und Oliver Mercsak sowie ihrer Fraktionsassistentin Eike Fischer kam die Fraktion in festlicher Runde zusammen.

Mehr Mut, mehr Offenheit und mehr demokratische Kultur haben wir nicht nur gefordert, sondern in diesen drei Jahren auch politisch gelebt. **Mit über 300 Initiativen haben wir uns für die Menschen vor Ort eingesetzt:** Für Verkehrsberuhigung, weniger Lärm, bessere Luft, für mehr Freiräume und Grünflächen, für eine behutsame Stadtplanung, für mehr Radverkehr, für besseren ÖPNV, für eine attraktive Zentrumsentwicklung in Harburg und Süderelbe und vieles mehr.

NEU: Online-Eingaben an die Bezirksversammlung:
<http://www.hamburg.de/hamburg/online-eingaben/8483138/online-eingaben/>

Wichtige Telefonnummern für Harburg

Polizei	110
Polizeikommissariat 46 (Lauterbachstraße 7)	4 28 65-46 10
Polizeikommissariat 47 (Neugrabener Markt)	4 28 65-47 10
Feuerwehr / Rettungsdienst	112
Telefonseelsorge	0800 1 11 01 11 oder 0800 1 11 02 22
Kinder- und Jugendtelefon	0800 1 11 03 33
Behördenfinder	115

Hotline „Saubere Stadt“	25 76-11 11
Melden von Verunreinigung auf öffentlichen Wegen, in Parks oder Grünanlagen	
Bezirkliche Fachstelle für Wohnungsnotfälle	4 28 71-26 28
Harburger Tafel e. V.	77 11 08 97
Der Hafen – Verein für psychosoziale Hilfe Harburg e. V.	7 65 59 14
Margaretenhort	79 01 89-0
Jugendhilfe und Sozialpsychiatrische Betreuung	